

HINWEISE

miese-jobs.de Nachrichtenüberblick 10/2018

5. JUN 2018 | MARKUS KRÜSEMANN

Leiharbeit, Minijobs, Befristungen, Niedriglöhne: Es gibt zu viele miese Jobs. Wir veröffentlichen alle 14 Tage einen Überblick über Nachrichten und Berichte zu solchen unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen.

Die nächste Ausgabe dieses Nachrichtenüberblicks erscheint am Dienstag, dem 19.06.2018.

Reicht die Rente?

Nur etwa jeder siebte abhängig Beschäftigte (15 Prozent) erwartet, von der späteren gesetzlichen Rente gut leben zu können. Dagegen gehen 80 Prozent davon aus, dass sie »gar nicht« oder »gerade so« zurechtkommen werden.

Besonders ausgeprägt ist die Sorge um die Alterssicherung demnach bei Frauen in den mittleren Altersgruppen, bei Beziehern geringer Einkommen, bei Beschäftigten in Teilzeitarbeit und bei Menschen mit unsicheren Beschäftigungsperspektiven.

Quelle: NOZ.de vom 05.06.2018

Mercedes-Werk in Bremen will Hunderte Stellen auslagern

Im Bremer Mercedes-Werk soll künftig mehr Arbeit als bisher an Fremdfirmen vergeben werden. Das hat buten un binnen aus Betriebsratskreisen erfahren. Demnach plane der Konzern in den kommenden beiden Jahren bis zu 400 Arbeitsplätze an externe Dienstleister auszulagern.

Durch die Fremdvergabe dürften in erster Linie Leiharbeiter ersetzt werden. Der Daimlerkonzern hat sich noch nicht zu den Plänen geäußert. Der Betriebsrat sieht noch großen Verhandlungsbedarf.

Quelle: butenunbinnen.de vom 04.06.2018

Bundesregierung befristet fast 8000 Mitarbeiter sachgrundlos

Die Bundesregierung will laut Koalitionsvertrag den Anteil sachgrundloser Befristungen in Betrieben deutlich verringern. Doch den angepeilten Wert überschreitet sie bei ihren eigenen Mitarbeitern deutlich.

Die Bundesregierung beschäftigt derzeit einem Medienbericht zufolge 7877 Mitarbeiter befristet ohne Angabe eines konkreten Sachgrunds. Damit nutze die Regierung das Instrument der sachgrundlosen Befristung bei mehr als der Hälfte aller ihrer Befristungsfälle

Quelle: Welt online vom 04.06.2018

Einigung bei Brückenteilzeit erst in absehbarer Zeit

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat Erwartungen auf eine zügige Einigung der Koalitionsparteien im Streit über die sogenannte Brückenteilzeit gedämpft.

»Ich bin zuversichtlich, dass wir uns in absehbarer Zeit einigen und einen gemeinsamen Gesetzentwurf vorlegen werden«, sagte Altmaier unserer Redaktion. Er betonte jedoch, dass man den Vorschlag von Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) gründlich auf dessen Auswirkungen prüfen müsse.

Quelle: Saarbrücker Zeitung online vom 04.06.2018

Jeder zehnte Empfänger muss »aufstocken«

Jeder zehnte Arbeitslosengeld-Empfänger in Deutschland muss zusätzlich Hartz IV-Leistungen beziehen, um über die Runden zu kommen. Im alten Bundesgebiet sind es 9 Prozent der ALG-Empfänger, in den ostdeutschen Ländern 13,8 Prozent.

Im Jahresdurchschnitt 2017 gab es demnach bundesweit 74.855 sogenannte Aufstocker, also Menschen, die parallel Arbeitslosengeld und Hartz IV-Leistungen beziehen.

Quelle: Dresdner Neueste Nachrichten online vom 03.06.2018

Atypische Beschäftigung in Baden-Württemberg leicht rückläufig

25 % der Kernerwerbstätigen in Baden-Württemberg waren 2016 atypisch beschäftigt, stellt das Statistische Landesamt Baden-Württemberg auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus fest.

Im Zeitraum von 2012 bis 2016 ist die Zahl der atypisch beschäftigten Personen um gut 40 000 auf 1,17 Millionen (Mill.) angestiegen, ihr Anteil an den Kernerwerbstätigen ist jedoch von 26 % auf 25 % zurückgegangen.

Quelle: Sinsheim-lokal.de vom 02.06.2018

Tschechische Fernfahrer klagen deutschen Mindestlohn ein

Mit Unterstützung deutscher Gewerkschaften setzen osteuropäische Lkw-Fahrer ihnen zustehenden Lohn durch, doch in ihrem Herkunftsland wird das nicht nur begrüßt (...). In Tschechien mehren sich die Stimmen, die sich kritisch zu den Mindestlohnklagen in Deutschland äußern.

Der Prager Verkehrsminister Dan Tok etwa merkte nach dem Urteil im Fall Gabrhel an: »(...) Dieser Präzedenzfall führt dazu, dass in Deutschland niemand mehr eine tschechische Speditionsfirma beauftragt.« Auch Gewerkschaftschef Pomajbik befürchtet Nachteile.

Quelle: neues deutschland online vom 01.06.2018

Hamburger Gewerkschaft kritisiert Mindestlohn-Prellerei

Die NGG Hamburg-Elmshorn verweist dabei auf eine Bilanz der Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim zuständigen Hauptzollamt Hamburg. Demnach soll das Hauptzollamt im vergangenen Jahr insgesamt 70 Ermittlungsverfahren gegen Arbeitgeber eingeleitet haben, die gegen das Mindestlohngesetz verstoßen haben.

Die Gewerkschaft spricht lediglich von der »Spitze des Eisbergs«, die Dunkelziffer liege deutlich höher. Besonders betroffen sei das Hotel- und Gaststättengewerbe.

Quelle: Welt online vom 31.05.2018

Regierung blockiert Rückkehrrecht auf Vollzeit

Der DGB Nord hat die Regierungskoalition ermahnt, ihre Blockadehaltung gegen die Rückkehr von Teilzeit- auf Vollzeitstellen aufzugeben. (...) «Es ist nicht zu verstehen, dass über Fachkräftemangel geklagt wird und gleichzeitig vor allem Frauen nicht aus der Teilzeitfalle herauskommen.»

Der Gesetzentwurf zur sogenannten Brückenteilzeit ist vom Berliner Kabinett noch nicht verabschiedet worden. Das von der SPD geforderte Rückkehrrecht in Vollzeit hatte sich die große Koalition schon 2013 in den Koalitionsvertrag geschrieben, aber SPD und Union konnten sich bisher nicht einigen.

Quelle: SHZ.de vom 30.05.2018

Kita-Gebühren: Geringverdiener stärker belastet

Mehr als 50 Prozent der Mütter und Väter würden für bessere Kitas tiefer in die Tasche greifen. Die andere Hälfte allerdings will das nicht – oder kann es nicht. Ein wichtiger Grund dafür: Dort, wo heute noch Kita-Gebühren erhoben werden, sind Geringverdiener oft unverhältnismäßig stark belastet.

Haushalte unterhalb der Armutrisikogrenze müssen im Bundesdurchschnitt einen fast doppelt so hohen Anteil ihres Einkommens für den Kita-Beitrag ihrer Kinder aufbringen wie wohlhabendere Eltern.

Quelle: Thüringer Allgemeine online vom 29.05.2018

Hilfe für Kleinunternehmen und Soloselbstständige

Die seit mehr als 16 Jahren erfolgreiche FIRMENHILFE – Die Beratungshotline für Selbstständige – wird fortgesetzt und weiterentwickelt. (...) Im Jahr 2018 wird die FIRMENHILFE das 5.000 Hamburger Kleinunternehmen beraten.

»Kleinunternehmen und Soloselbstständige in schwierigen Situationen haben weder finanziellen noch zeitlichen Spielraum, um längerfristige Unternehmensberatungen in Anspruch zu nehmen. Sie benötigen schnelle, niedrigschwellige, kostengünstige und kompetente Unterstützung (...).«

Quelle: Hamburg.de vom 29.05.2018

Hunderte von Mindestlohnverstößen: Zoll fehlt Personal

Immer wieder zahlen Arbeitgeber weniger als den gesetzlichen Mindestlohn. In Bayern leitete der Zoll im letzten Jahr hunderte von Ermittlungsverfahren ein - und klagt über Personalmangel.

Allein im Bereich des Hauptzollamtes Schweinfurt hat es im vergangenen Jahr 180 Ermittlungsverfahren wegen Verstößen gegen den Mindestlohn gegeben. Ähnlich viele waren es in Augsburg. Nach Angaben des Zolls werden in vielen Fällen Überstunden oder Vorbereitungszeiten nicht vergütet.

Quelle: BR.de vom 28.05.2018

Jeder 10. hat einen Zweitjob

Jeder zehnte Beschäftigte übt zusätzlich einen Nebenjob aus. Als Grund dafür sieht Detlef Scheele, Chef der Bundesagentur für Arbeit, die hohen Mieten in Deutschland. (...) »Das führt dazu, dass Leute dann manchmal, sozusagen um sich weiter leisten zu können, was sie hatten, einen Zweitjob annehmen.«

Im Vergleich zu anderen Kosten sind die Mieten nach Scheeles Einschätzung überdurchschnittlich gestiegen. Er glaube nicht, dass die Lohnsteigerungen der vergangenen Jahre mit solchen Mieterhöhungen Schritt halten konnten.

Quelle: Focus online vom 27.05.2018

So hoch müsste der Mindestlohn sein, um nicht Hartz IV zu bekommen

Das Leben in deutschen Städtchen ist teuer. Da reicht der Mindestlohn oft nicht aus und die Geringverdiener müssen mit Hartz IV aufstocken. Die Hans-Böckler-Stiftung hat nun untersucht, wie hoch der Mindestlohn sein müsste, um dies zu verhindern.

Wie die Grafik von Statista zeigt, müssten Beschäftigte laut der Untersuchung in München mindestens 12,77 Euro pro Stunde verdienen, um die Lebenshaltungskosten zu decken. In Köln sind es 11,20 Euro.

Quelle: Stern.de vom 26.05.2018

Mehr befristete Jobs, mehr Festanstellungen

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt bessert sich, trotzdem sind viele Jobs noch immer befristet. Betroffen sind vor allem Vertretungs- und Saisonjobs sowie Projektarbeit. Anders und rosiger sieht es dagegen für Fachkräfte aus.

Nach Angaben der Regionaldirektion in Chemnitz ist aktuell etwa jeder 13. Job in Sachsen befristet. Demnach hatten 2016 8,1 Prozent aller Minijobber, Auszubildenden und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur eine zeitlich begrenzte Anstellung. Das waren 0,7 Prozentpunkte mehr als 2015.

Quelle: Sächsische Zeitung online vom 26.05.2018

15.690 befristete Arbeitsverhältnisse bei der Regierung

In den Bundesministerien und den untergeordneten Bundesbehörden sind im vergangenen Jahr 15.690 Beschäftigte mit einem befristeten Arbeitsvertrag tätig gewesen. (...) Aus den Zahlen geht jedoch nicht hervor, wie hoch der Anteil sachgrundloser Befristungen ist.

Nach einer komplizierten Berechnung von Zahlen aus dem Jahr 2016 kommt man auf eine Quote von rund dreizehn Prozent befristeter Arbeitsverhältnisse bei der Bundesregierung. Das wäre etwas mehr als im Bundesdurchschnitt.

Quelle: LR-online.de vom 26.05.2018

Jeder zweite Berufstätige denkt über Jobwechsel nach

Zu wenig Geld, zu wenig Wertschätzung, schlechtes Betriebsklima: Die Hälfte aller Mitarbeiter ist mit dem Job unzufrieden - und erwägt eine Veränderung. (...) So lautet zumindest das Ergebnis einer Umfrage des Personaldienstleisters Manpower Group Deutschland unter 1010 Bundesbürgern.

Wichtigster Grund für die Unzufriedenheit ist das Gehalt: 22 Prozent suchen einen besser bezahlten Job. 15 Prozent fühlen sich zudem nicht ausreichend wertgeschätzt. Zwölf Prozent der Befragten (...) beklagen ein schlechtes Arbeitsklima. Dazu trägt der Umfrage zufolge auch eine mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei.

Quelle: Tagesspiegel online vom 25.05.2018

Arbeitsverwaltung will 12,63 Euro pro Stunde

Im Berliner Senat gibt es widersprüchliche Vorstellungen über einen angemessenen Mindestlohn – und zwar für diejenigen Beschäftigten, die im Auftrag des Landes reinigen, bewachen, gärtnern.

Nach Tagesspiegel-Informationen bereitet Fischer ein Schreiben an Pops Verwaltung vor, in dem er 12,63 Euro Vergabemindestlohn pro Stunde fordert. Das wären rund 40 Prozent mehr als bislang.

Quelle: Tagesspiegel online vom 24.05.2018

Aufschwung kommt bei vielen nicht an

Der anhaltende Wirtschaftsaufschwung in Deutschland kommt einer Studie zufolge bei weitem nicht bei allen Bürgern an. Demnach sind zwischen 1991 und 2015 die realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Schnitt um 15 Prozent gestiegen.

Zwischen 1991 und 2015 allerdings waren bei den zehn Prozent der Personen mit den niedrigsten Einkommen (...) laut Studie die Haushaltseinkommen rückläufig. Demgegenüber stiegen die realen Einkommen der Top-Verdiener zwischen 1991 und 2015 im Schnitt um 30 Prozent.

Quelle: Ihre-Vorsorge.de vom 24.05.2018

Mindestlohn-Verstöße häufig bei Minijobs

Der Arbeitsmarktforscher Gerhard Bosch von der Universität Duisburg-Essen kritisiert, dass gegen den Mindestlohn besonders oft in prekären Beschäftigungsverhältnissen verstoßen wird.

Die Lohnuntergrenze werde neben schwer zu kontrollierenden Kleinstbetrieben vor allem bei Minijobs nicht eingehalten (...). »Regelverstöße sind bei den Minijobs an der Tagesordnung.«

Quelle: neues deutschland online vom 23.05.2018

Arbeitgeber halten mal wieder was für unzumutbar

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall fordert Nachbesserungen beim geplanten gesetzlichen Rückkehrrecht vom Teilzeit- zum Vollzeitjob. Das geht aus einer Stellungnahme des Verbandes hervor (...). Konkret fordern die Arbeitgeber demnach eine Verschärfung der sogenannten Zumutbarkeitsgrenze.

Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Oliver Zander argumentiert nun, dass es bereits heute schon eine Reihe von Teilzeitansprüchen gebe - etwa nach dem Elternzeit-, dem Pflegezeit- oder dem Teilzeit- und Befristungsgesetz. Die Zumutbarkeitsgrenze müsse diese Teilzeitverhältnisse mitberücksichtigen.

Quelle: Spiegel online vom 23.05.2018

Markus Krüsemann ist Soziologe und Mitarbeiter am Göttinger Institut für Regionalforschung. Unter www.miese-jobs.de betreibt er ein Informationsportal zu atypischen und prekären Beschäftigungsformen.

URL: <http://www.blickpunkt-wiso.de/post/miese-jobsde-nachrichtenueberblick-102018--2217.html>

PDF erstellt am: 19.06.2018